

Energie kostet Gemeinden dreimal so viel wie zuletzt

Statt 17 Millionen Euro im Jahr müssten Tirols Gemeinden 56 Millionen Euro für Energie zahlen. Sie fordern nun Geld von Bund und Land.

Innsbruck – Anhand seiner Heimatgemeinde Sölden rechnet Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf vor, was auf Tirols Kommunen zukommt. Statt 400.000 Euro Energiekosten im Jahr würde für Sölden das 3,3-Fache anfallen. „Selbst für eine Gemeinde wie Sölden ist das ein schwerer Brocken.“ Ein Drittel der 277 Tiroler Gemeinden könnten die hohen Energiekosten in einen Liquiditätsengpass führen. Mit anderen Worten: kein Geld mehr in der Kasse, um Rechnungen zu bezahlen.

Das wiederum könnte für die jeweiligen Gemeindebürger Ungemach bedeuten. Sparen bei der Schneeräumung, beim Beheizen der Altenheime oder Schulen, Sparen bei der Straßenbeleuchtung. Vieles fällt in den Kompetenzbereich der Gemeinden. Schöpf fordert „flüssiges Geld“ von Bund und Gemeinden, nicht nur eines, um Projekte zu finanzieren.

Wie berichtet, stehen Tirols Gemeinden nicht alleine da. Angespant ist die Situation in vielen Kommunen und Städten in Österreich. Graz droht gar die Pleite, wenn auch nicht nur wegen gestiegener Energiekosten. Österreichweit fehlen den Städten und Gemeinden 2023 rund 1,2 Milliarden Euro. Der Bund möge einspringen.

Das ist die Botschaft, die auch Tirols neuer ÖVP-Landeshauptmann Anton Mattle mit auf den Weg nach Wien zum heutigen Finanzreferententreffen nimmt. „Der Energiekostenzuschuss für unsere Unternehmen muss rasch ankommen, ein ähnliches Instrument braucht es auch für unsere Gemeinden. Wir dürfen unsere Kommunen nicht im Stich lassen, denn an ihnen hängen zentrale Leistungen und Einrichtungen“, ließ Mattle gestern in einer Aussendung nach der Sitzung des Teuerungsrates wissen.

Der Teuerungsrat ist ein Expertengremium, in dem sich die Sozialpartner und eben auch der Gemeindeverband wiederfinden. Dem Rat zur Seite steht Wirtschaftswissenschaftler Gottfried Tappeiner von der Universität Innsbruck. Er gilt als Inflationsexperte. Der überwiegende Teil der aktuellen Inflation sei importiert, vor allem über die gestiegenen Preise für Kohle, Öl und Gas, erklärt Mattle. „Wir müssen Armut in unserem Bundesland verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Solidarität in unserer Gesellschaft stärken.“ Das Wie ist noch ungeklärt.

Ernst Schöpf, das Verhandeln nach jahrelanger politischer Tätigkeit gewöhnt, bringt zu Papier, was er sich vorstellt: nämlich, dass Bund und Länder die Kosten für die 3,3-mal so hohen Energiekosten übernehmen. Er erinnert an die Corona-Zeit. Da sei an Österreichs Kommunen und Städte eine Milliarde Euro geflossen.

In Tirol zahlen die 277 Gemeinden 17 Millionen Euro für Energie. Das 3,3-Fache wären 56 Millionen Euro, die nächstes Jahr fällig würden. Nicht nur die Gemeinden zahlen mehr, sondern naturgemäß auch das Land. Große Energieverbraucher sind beispielsweise Tunnelanlagen. Bei gleichbleibendem Verbrauch sind wegen der höheren Energiepreise die Kosten für den Scharnitzer Tunnel zwischen 2021 und 2022 um 65 Prozent gestiegen, jene für den Brettfalltunnel um 43 Prozent, für den Tunnel Bruckhäusl um 53 Prozent. Eine Million Euro hat das Land für 2022 für die Landesstraßen budgetiert. 550.000 Euro sind jetzt zusätzlich fällig.